

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
Direktion für Wirtschaftspolitik
Vernehmlassung LadÖG Motion Lombardi
Holzikofenweg 36
3003 Bern

12. Mai 2014

**Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP lehnt das Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten ab und schlägt vor, ersatzlos auf die Vorlage zu verzichten und dem Parlament die Abschreibung der Motion Lombardi (12.3637) zu beantragen.

1. Zusammenfassung

Gesetze sollten nach Erachten der EVP dann geschaffen werden, wenn sich Situationen nur mit einem Eingreifen des Staates gerecht und nachhaltig regeln lassen. Keines dieser Kriterien ist bei den Ladenöffnungszeiten gegeben. Die kantonalen Regelungen haben sich bewährt und nicht zu Problemen oder Ungerechtigkeiten geführt. Die EVP sieht keine Notwendigkeit für den Bund, hier regulierend einzugreifen. Sie lehnt das Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten aus den folgenden Gründen ab:

- Die Ladenöffnungszeiten sollen in der Kompetenz der Kantone bleiben. Es gibt keinen objektiven Grund, weshalb der Bund 11 Kantonen unter der Woche und 14 Kantonen am Samstag längere Öffnungszeiten vorschreiben sollte. Zudem führt der nationale Mindeststandard dazu, dass Kantone, die bisher kein kantonales Gesetz über die Ladenöffnungszeiten hatten, neu ein solches werden erlassen müssen.
- Von längeren Öffnungszeiten sind unseres Erachtens keine positiven Wirtschaftsimpulse zu erwarten. Die Leute kaufen nicht mehr ein, nur weil sie dies zu erweiterten Zeiten tun können. Hingegen können längere Öffnungszeiten den Strukturwandel beschleunigen und damit Arbeitsplätze gefährden. Der Einkaufstourismus dürfte sich durch längere Öffnungszeiten kaum dämpfen lassen, weil dabei meist preisliche Argumente den Ausschlag geben.

- Längere Öffnungszeiten bedeuten längere Arbeitszeiten für die Arbeitnehmenden. Sie werden hinsichtlich ihres sozialen Lebens eingeschränkt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird erschwert, zumal sowohl unter der Woche wie am Samstag Tageszeiten betroffen sind, die für das Zusammenleben einer Familie wichtig sind. Der Schutz der Arbeitnehmenden wird ohne Not verschlechtert.

2. Ungerechtfertigter Eingriff in die Kompetenz der Kantone

Ladenöffnungszeiten sollen in der Kompetenz der Kantone bleiben

Die Ladenöffnungszeiten waren in der Vergangenheit regelmässig Gegenstand kantonaler Debatten und Urnengänge. Sie wurden kontrovers diskutiert und sind in den Kantonen entsprechend unterschiedlich geregelt. Man wird diesem politischen Prozess in den Kantonen nicht gerecht, wenn man ihn ohne Not und auf dünner verfassungsrechtlicher Grundlage mit einem nationalen Mindeststandard übersteuert. Für die EVP soll die Regelung der Ladenöffnungszeiten deshalb in der Kompetenz der Kantone bleiben.

Auswirkungen sind nicht zu unterschätzen

Das vorgeschlagene Gesetz geht deutlich über die bisherige Praxis hinaus. Es würde in 11 Kantonen längere Öffnungszeiten unter der Woche (um eine bis anderthalb Stunden) bzw. in 14 Kantonen eine Ausweitung am Samstag (um eine bis drei Stunden) bewirken. Damit sich ein solcher Eingriff in die kantonale Hoheit und Autonomie rechtfertigen liesse, müsste der Problemdruck unseres Erachtens deutlich grösser sein.

Kantone ohne Gesetz müssten neu ein solches erlassen

Vom vorgeschlagenen Gesetz wären aber auch jene Kantone betroffen, welche bislang auf eine Regelung der Ladenöffnungszeiten verzichtet haben und damit den vom Bundesgesetz verlangten Mindeststandard bereits erfüllen. Wollen sie nämlich daran festhalten, dass die Läden im Rahmen des Arbeitsgesetzes ihre Öffnungszeiten frei gestalten können, d.h. wenn sie auch künftig über den nationalen Mindeststandard hinausgehen wollen, werden sie dazu neu eine rechtliche Grundlage erlassen müssen. Die angepeilte Harmonisierung und Vereinfachung auf Bundesebene würde im Extremfall zu 26 unterschiedlichen kantonalen Regelungen führen. Für die EVP ist das unverhältnismässig.

3. Wirtschaftlich kein Gewinn

Keine positiven Wirtschaftsimpulse

Die EVP stellt in Abrede, dass sich aufgrund eines nationalen Mindeststandards für die Ladenöffnungszeiten positive Wirtschaftsimpulse ergeben würden. Die Leute kaufen nicht mehr ein, nur weil sie es zu erweiterten Zeiten tun können. Die Konsumbedürfnisse dürften weitgehend unelastisch auf eine Änderung der Ladenöffnungszeiten reagieren.

Negative Folgen für Arbeitsplätze und Angebot

Hingegen stellen längere Ladenöffnungszeiten kleine Detailhändler und Fachgeschäfte regelmässig vor Probleme. Wollen sie im Wettbewerb bestehen können, müssen sie die Öffnungszeiten im Gleichschritt mit der Konkurrenz ebenfalls ausweiten – mit entsprechend höheren Personalkosten bei weitgehend gleichbleibendem Umsatz. Damit beschleunigt sich der Strukturwandel und kleine Läden gehen ein – mit negativen Folgen für die betroffenen Arbeitsplätze und das ausgedünnte Angebot.

Keine Entschärfung des Einkaufstourismus

Die angeführte Begründung, die Ausweitung der Öffnungszeiten würde die Problematik des Einkaufstourismus entschärfen helfen, ist für die EVP nicht stichhaltig. Erstens sind für den Entscheid, im Ausland einzukaufen, meist preisliche Gründe ausschlaggebend und zweitens hätten die betroffenen Grenzkantone ihre Ladenöffnungszeiten per kantonalem Gesetz schon bis anhin anpassen bzw. ausweiten können. Dass sie dies nicht oder nur teilweise gemacht haben, ist für die EVP Beleg genug, dass Ladenöffnungszeiten und Einkaufstourismus nicht oder höchstens minimal zusammenhängen.

Unfaire Salami taktik

Ebenfalls nicht gelten lassen kann die EVP schliesslich das Argument, die Diskriminierung des traditionellen Detailhandels gegenüber Läden in Bahnhöfen und Flughäfen sowie Tankstellenshops müsse zumindest teilweise ausgeräumt werden. Die EVP hat bei der Schaffung der entsprechenden Ausnahmen immer darauf aufmerksam gemacht, dass dadurch neue Begehrlichkeiten bei den übrigen Wettbewerbsteilnehmern geweckt werden und sich die Abgrenzungsschwierigkeiten bloss verschieben. Jetzt mit dem Hinweis auf die speziellen Öffnungszeiten von Bahnhofs- und Tankstellenshops eine Liberalisierung auch für die übrigen Marktteilnehmer zu fordern, verurteilt die EVP als unfaire Salami taktik.

4. Sozialpolitisch schädlich

Beeinträchtigung des sozialen Lebens

Von allen Einwänden gegen das vorgeschlagene Gesetz wiegen für die EVP die sozialpolitischen am Schwersten. Längere Öffnungszeiten bedeuten längere Arbeitszeiten für die Arbeitnehmenden im Detailhandel (immerhin rund 7.6% aller Arbeitsplätze bzw. rund 318 800 Personen in Voll- oder Teilzeit), bzw. eine Verschiebung der Arbeitszeit in den Abend und das Wochenende hinein. Die Beschäftigten werden in ihrem sozialen Leben beeinträchtigt, müssen eine Verkürzung des Wochenendes hinnehmen oder werden in der Gestaltung ihres Feierabends eingeschränkt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird erschwert

Nicht nur für Alleinerziehende, wie es der erläuternde Bericht einräumt, sondern für alle Angestellten mit Kindern wird es schwieriger werden, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Sowohl unter der Woche wie am Samstag sind von der Verlängerung heikle Tageszeiten betroffen, welche für das Zusammenleben als Familie wichtig sind. Die Problematik geht weit über eine allfällige Unvereinbarkeit der Öffnungszeiten von Kinderkrippen und Detailhandelsgeschäften hinaus. Es genügt unseres Erachtens nicht, zuhause der betroffenen Familien festzuhalten, es werde „sicherlich nötig sein, sinnvolle Regelungen“ für sie zu finden – und es dabei bewenden zu lassen. Wenn man schweizweit längere Ladenöffnungszeiten herbeiführen will, müsste man auch entsprechende Regelungen für den Schutz der betroffenen Arbeitnehmenden mit Familienverpflichtungen erlassen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Präsidentin
Marianne Streiff



Generalsekretär
Joel Blunier